



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 30.08.2024 bis 06.09.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Australien: Prediger verweigert traditionelle Willkommenszeremonie der Aborigines	3
Burkina Faso: Dschihadisten greifen lokale Selbstverteidigungsgruppen an	4
Deutschland: Erstes Elbe-Tauffest mit 500 Besuchern	5
Gaza: Angehörige von Hamas-Geiseln überqueren Grenze zu Gaza	6
Iran: Zur Menschenrechtslage	7
Israel: Einschätzung zum Gazastreifen und zum Geiseldeal	8
Kenia: Menschen im zweitgrößten Flüchtlingslager des Landes	9
Kongo: Mindestens 129 Tote im überfüllten Gefängnis	10
Nicaragua: Gefangene des Monats September 2024	11
Nicaragua: Regierung schließt Hunderte Kirchen	12
Nigeria: Vor allem Christen sind Opfer der Gewalt	14
Russland: Suppenküche für Obdachlose	15
Schweiz: 1.000 Teilnehmer bei Demonstration gegen Christenverfolgung	16
Sudan: Christen leiden weiter unter dem anhaltenden Bürgerkrieg	17
Ukraine: Russland verschleppt und foltert Zivilisten	19
Venezuela: Machthaber Maduro zieht Weihnachten auf 1. Oktober vor	20

# Australien: Prediger verweigert traditionelle Willkommenszeremonie der Aborigines

International Christian Concern - Der Prediger Dave Pellowe wurde kürzlich vor die Menschenrechtskommission von Queensland (QHRC) geladen, nachdem er sich geweigert hatte, im Rahmen seiner christlichen Konferenzen eine Rauchzeremonie der Aborigines abzuhalten.

Die Begrüßungszeremonie oder das Räucherritual ist heute bei australischen Sportveranstaltungen, Regierungsveranstaltungen und anderen öffentlichen Versammlungen gang und gäbe. Auf ihrer Regierungswebsite erklärt die National Indigenous Australians Agency, dass an jeder „Willkommenszeremonie“ die traditionellen Besitzer oder Verwalter des Landes, auf dem die Veranstaltung oder das Treffen stattfindet, beteiligt sein müssen. Die Website fügt ein Beispiel einer anderen Regierungsbehörde, „Versöhnung Australien“, hinzu, in dem beschrieben wird, was in diesen Zeremonien enthalten sein sollte und wie die Organisatoren die vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen traditionellen Wächter und Ältesten der Nation sowie die Fortführung der kulturellen, spirituellen und erzieherischen Praktiken der Aborigines und Torres Strait Islander anerkennen und ihnen Respekt zollen sollten.

Anstelle der Begrüßungszeremonie las Pellowe aus Psalm 24 vor. Er erklärte, diese Zeremonien der Aborigines stünden im Widerspruch zu seinem christlichen Glauben.

„Man kann das Christentum, eine wahre Religion, nicht mit etwas Erfundenem vermischen“, sagte Pellowe. „Das sind religiöse Rituale, an denen insbesondere Christen keinen Anteil haben sollten ... und meine Antwort [darauf, dass ich mir keine Sorgen mache, die australischen Ureinwohner zu beleidigen] war eine Erklärung über die Pflicht der Christen, die Wahrheit und das Evangelium zu predigen und das Christentum nicht mit einer falschen Religion, wie der traditionellen Religion der Aborigines, zu vermischen.“

Ein Teilnehmer von Pellowes Konferenz hat sich beim QHRC beschwert und droht nun mit weiteren rechtlichen Schritten. Pellowe hat versichert, dass er den Fall ausfechten wird.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Burkina Faso: Dschihadisten greifen lokale Selbstverteidigungsgruppen an

Ouagadougou (Fides) - Dschihadistische Gruppen verbreiten weiterhin in Burkina Faso Angst und Schrecken. Nach dem Massaker im Dorf Barsalogho am 24. August, bei dem mindestens 200 Menschen starben, kamen auch am 30. August bei einem Angriff auf eine Selbstverteidigungsgruppe von „Freiwilligen zur Verteidigung des Vaterlandes“ in Barga im Norden des Landes mindestens 13 Menschen ums Leben.

Am selben Tag verübten bewaffnete Männer einen Überfall in Yondé in der zentralöstlichen Region, bei dem etwa zehn Menschen starben. Schließlich wurde am 31. August bei einem Angriff auf einen Stützpunkt der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte im Dorf Bam in der Region Nord-Zentral erheblicher Sachschaden gemeldet.

In beiden Fällen waren lokale Selbstverteidigungsgruppen die Zielscheibe der Dschihadisten. In Barsalogho (im nördlichen Zentrum) schlugen die Dschihadisten der JNIM (Jama'at Nasr al-Islam wal-Muslimin, Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime) zu, während die Bevölkerung auf Geheiß der Armee Verteidigungsgräben aushob. Einigen Berichten zufolge wurden 200 Menschen getötet, überlebende Einwohner berichteten jedoch von mindestens 400 Opfern. Nach Aussagen von Überlebenden hatte ein Militärkommando die Dorfbewohner gezwungen, den Graben „gegen ihren Willen“ zu bauen, wodurch sie der Vergeltung durch die Dschihadisten der JNIM ausgesetzt waren. Die Dschihadisten der JNIM haben sich mit einem Video zu dem Massaker bekannt, in dem die Leichen der zivilen Opfer zu sehen sind, neben denen nur Grabungswerkzeuge, aber keine Waffen liegen.

Die Zivilisten wurden angeblich von der Armee zwangsrekrutiert und zum Ausheben von Verteidigungsgräben einige Kilometer von ihrem Dorf entfernt geschickt, ohne jeglichen militärischen Schutz. Der Angriff dauerte von 9 Uhr morgens bis 16 Uhr nachmittags. Nachdem die Dschihadisten zunächst die Männer, die die Gräben aushoben, ermordet hatten, überrannten sie das Dorf und töteten Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Nach dem Angelus am Sonntag, dem 1. September, drückte Papst Franziskus seine Trauer über den Terroranschlag in Barsalogho aus: „Mit großer Trauer habe ich erfahren, dass am Samstag, den 24. August, in der Gemeinde Barsalogho in Burkina Faso Hunderte von Menschen, darunter Frauen und Kinder, bei einem Terroranschlag getötet und viele weitere verletzt wurden“, so Franziskus nach seinem Mittagsgebet. „Ich verurteile diese abscheulichen Anschläge gegen das menschliche Leben und spreche der ganzen Nation mein Mitgefühl und den Familien der Opfer mein tief empfundenes Beileid aus. Möge die Jungfrau Maria dem geliebten Volk von Burkina Faso helfen, Frieden und Sicherheit wiederzuerlangen.“

Die Al-Qaida nahestehende JNIM ist in der gesamten Sahelzone auf dem Vormarsch. Sie ist nicht nur in Burkina Faso aktiv, sondern auch in Niger und Mali und dehnt sich auf die Grenzgebiete von Benin, Togo und Ghana aus. Im letztgenannten Land hat der Grenzschutz vor möglichen dschihadistischen Anschlägen in den Grenzgebieten zu Burkina Faso gewarnt. Neben den Regierungstruppen der beteiligten Länder trifft die JNIM auch auf die andere wichtige dschihadistische Gruppe, die in der Region operiert, nämlich den Ableger des Islamischen Staates in der Sahelzone.

Burkina Faso, Mali und Niger sind Länder, in denen jüngst Militärjuntas durch Putsch an die Macht gekommen sind, die, nachdem sie westliche Kontingente verdrängt haben, Militärhilfe von Russland und der Türkei erhalten. In einer Mitte August in den sozialen Medien veröffentlichten Botschaft von Othman al-Ansari, der als Nummer zwei der JNIM gilt, rief die dschihadistische Gruppe die muslimische Bevölkerung der drei Länder dazu auf, ethnische und stammesbedingte Spaltungen zu überwinden und sich in einem Dschihad gegen die Militärjuntas und ihre russischen und türkischen Verbündeten zu vereinen, wobei die privaten Militärunternehmen „Wagner-Group“ (russisch) und „Sadat Defense“ (türkisch) genannt wurden.

(L.M.) (Fides 3/9/2024)

# Deutschland: Erstes Elbe-Tauffest mit 500 Besuchern

## Dresden: Im Open-Air-Gottesdienst ließen sich 50 Menschen taufen

Dresden (IDEA) – Bei dem ersten Elbe-Tauffest der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens in Dresden haben sich 50 Menschen taufen lassen. Das geht aus einem Bericht auf der Webseite der Landeskirche hervor. Der Open-Air-Gottesdienst stand unter dem Motto „Da bin ich“. Er fand am 1. September auf dem Freigelände unterhalb der Diakonissenanstalt Dresden statt. Zu der Veranstaltung kamen rund 500 Besucher. Die Täuflinge waren im Alter von 9 Monaten bis 67 Jahren. Etwa ein Drittel von ihnen waren Erwachsene, die übrigen Kinder und Jugendliche. Sie konnten wählen, ob sie im Fluss mit Elbwasser oder aus einer Taufschale getauft werden wollten. Mit der Initiative wollte die Kirche auf das Thema Taufe aufmerksam machen. Sie wollte damit insbesondere Menschen erreichen, die kaum Anbindung an eine Kirchgemeinde haben. „Die Resonanz auf das Tauffest bestätigt unser Ansinnen“, sagte die Pfarrerin der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde Dresden-Blasewitz, Anke Arnold. Sie war eine von zehn Pfarrern, die sich am Taufgottesdienst beteiligten. Außerdem halfen über 40 Ehrenamtliche mit.

# Gaza: Angehörige von Hamas-Geiseln überqueren Grenze zu Gaza

## Sie sandten über Lautsprecher Botschaften an ihre Familienmitglieder

Kibbutz Beeri (IDEA) – Angehörige der israelischen Geiseln der Terrororganisation Hamas sind am 29. August in den Grenzstreifen zu Gaza eingedrungen. Das berichtet die „Jerusalem Post“. Die Angehörigen sandten etwa 20 Minuten lang durch Lautsprecher Nachrichten an die Gefangenen. Zum Hintergrund: Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am [7. Oktober 2023](#) befinden sich noch 107 Israelis in Gefangenschaft der Terrororganisation. Die Teilnehmer der Aktion hatten sich in Tel Aviv getroffen und waren in einem Konvoi des „Hostage Family Forum“ (Forum für die Familien der Geiseln) zur israelischen Südgrenze gefahren. Angaben der „Jerusalem Post“ zufolge schlossen sich über 300 Autos dem Konvoi an. Am Grenzposten Kibbutz Beeri durchbrachen die Teilnehmer einen Grenzzaun.

## „Aaronitischer Segen“ für die Geiseln

Während der Aktion sprachen zahlreiche Angehörige durch Lautsprecher den „Aaronitischen Segen“ (4. Mose 6,26-28): „Der Herr segne dich und behüte dich, der Herr lasse sein Angesicht leuchten über dir und sei dir gnädig, der Herr erhebe sein Angesicht über dich und gebe dir Frieden.“ Andere Teilnehmer riefen persönliche Botschaften für ihre Familienmitglieder. Die Tochter eines der Gefangenen, Ella Ben Ami, rief nach Angaben des US-Magazins „Christian Post“ ihrem Vater zu: „Vater, ich liebe dich! Ich würde alles tun, um dich wieder umarmen zu können. Halte durch, zerbreche nicht!“

## Israelische Armee: Viele Geiseln sind bereits tot

Nach dem kurzen Aufenthalt in der Grenzzone wurden die Angehörigen von dem israelischen Militär wieder hinter die israelische Grenze beordert. Die evangelikale Nachrichtenplattform „All Israel News“ zitiert einen Offizier: „Ich habe wie ein kleines Mädchen geheult. Es gibt niemanden, der sich mehr mit den Angehörigen identifiziert als wir.“ Beteiligte sehen das Eingreifen des Militärs kritischer. Ein Angehöriger äußerte: „Ich bin mir immer noch nicht sicher, ob es die richtige Entscheidung war, nicht nach Gaza durchzubrechen. Nächstes Mal werden wir mehr sein. Hunderte, Tausende – und wir werden nicht stoppen.“ Nach Angaben der israelischen Armee sind bereits mindestens 33 der 107 verbleibenden Geiseln als tot gemeldet. Das Forum für die Familien der Geiseln kritisiert, dass die israelische Regierung nach wie vor keinen Vertrag zur Entlassung der Geiseln geschlossen hat.

# Iran: Zur Menschenrechtsslage

## Islamische Republik Iran: Hinrichtungen, Proteste und Repression

(IGFM) Die signifikante Zunahme der Anzahl der **Hinrichtungen** in den vergangenen Monaten ist sehr besorgniserregend. Es wird erwartet, dass die Anzahl der Hinrichtungen, die **Inhaftierung** von politischen Gegnern des Regimes sowie der **Druck** auf Frauen und ethnische und religiöse **Minderheiten**, darunter die Bahai, mit dem Amtsantritt der neuen Regierung weiter zunehmen werden.

### 106 Hinrichtungen in einem Monat

Im Zeitraum zwischen dem 22. Juli und dem 21. August 2024 wurden in iranischen Gefängnissen mindestens 106 Menschen hingerichtet. Unter den Hingerichteten befanden sich politische Gefangene und Demonstranten, die oft in Schauprozessen verurteilt wurden, denen es an Transparenz und einem fairen Verfahren mangelte.

Am 6. August protestierten einige weibliche Gefangene im Evin-Gefängnis gegen die Hinrichtung von Reza Rasaei, was zu einem Konflikt mit dem Gefängnispersonal führte. Am selben Tag wurde etwa dreißig dieser Gefangenen die Nutzung von Telefonen sowie die Zusammenkunft mit ihren Familien untersagt.

Sie werden nach wie vor daran gehindert, mit ihren Familien zu telefonieren und sich mit ihnen zu treffen.

### Ein weiteres Verbrechen in der Islamischen Republik

Die 31-jährige Arezoo Badri wurde in der Mazandaran Provinz von der iranischen Polizei in ihrem Auto angeschossen, weil sie beim Autofahren kein Kopftuch trug. Sie liegt seitdem gelähmt im Krankenhaus. Nach etwa zehn Tagen gelang es den Ärzten, die Kugel aus Arezoo's Rücken zu entfernen, ihre Lunge und ihr Rückenmark sind jedoch schwer geschädigt. Die zweifache Mutter wird momentan auf der Intensivstation des Vali-Asr-Krankenhauses in Teheran streng bewacht. Die iranischen Sicherheitsbehörden üben derzeit Druck auf die Familie von Arezoo aus und fordern, dass diese eine von ihnen vorgegebene Geschichte öffentlich machen.

Laut vorliegenden Quellen soll sie den Anhaltebefehl der Polizei missachtet haben. In der Folge habe die Polizei zunächst auf die Reifen des Fahrzeugs geschossen und anschließend von der Fahrerseite aus auf die Insassin.

auf die Insassin.

### Die Verurteilung von drei Bahai sowie die fortgesetzte Haft von vier weiteren

Die Repression gegen Bahai-Bürger im Iran geht weiter: [Arshia Rouhani, Hamid Monzavi und Arash Nabavi](#) (l. v.l.n.r.) wurden durch das Berufungsgericht Isfahan zu zwei Jahren Haft sowie einem Ausreiseverbot verurteilt.

Matin Fahandej Saadi und Mesbah Dolat (m.), Nahid Behrouzi und Mozghan Salmanzadeh (r.) befinden sich weiterhin in Haft. Über die Gründe der Festnahme und die gegen sie erhobenen Vorwürfe liegen bislang keine Informationen vor.

Die Bahai werden im Iran systematisch wegen ihrer religiösen Überzeugungen verfolgt. Die Bahai-Gemeinde, welche seitens der iranischen Regierung nicht als offizielle Religion anerkannt wird, sieht sich bereits seit 44 Jahren Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt.

Quelle: Auszüge aus dem **IGFM-Bericht von August 2024**

# Israel: Einschätzung zum Gazastreifen und zum Geiseldeal

Pressekonferenz - Netanjahu: Welt sollte auf Hamas Druck ausüben, nicht auf Israel

(israelnetz.com) *Auf einer Pressekonferenz schildert Netanjahu seine Einschätzung zum Gazastreifen und zum Geiseldeal. US-Präsident Biden sorgt indes mit einer Äußerung für Unmut in Jerusalem.*

**Netanjahu bei der Pressekonferenz am Montagabend**

JERUSALEM (inn) – Der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu interagiert relativ selten mit heimischen Medien. Wenn es doch mal der Fall ist, scheint es für ihn ein wichtiges Thema zu geben. Am Montagabend war die Zeit dafür gekommen: Vor Journalisten versuchte er bei einer einstündigen Pressekonferenz, seine Politik mit Blick auf den Gazastreifen und die Geiseln zu erklären.

Anlass dafür war der [Schock über die sechs ermordeten Geiseln](#). Zahlreiche Israelis forderten daraufhin lautstärker als sonst – etwa mittels eines Generalstreiks am Montag – einen Geiseldeal. Der verbreitete Vorwurf lautet, Netanjahu torpediere diesen immer wieder.

**Netanjahu: Falsche Botschaft an Hamas**

Auf der Pressekonferenz widersprach er dieser Sicht: Es sei die Hamas, die keinen Deal wolle. Israel stehe hingegen bereit. Als Beleg listete Netanjahu Zitate von amerikanischen Politikern und hochrangigen Beamten auf, darunter von Außenminister Antony Blinken (Demokraten). Diese hätten mehrmals die Ernsthaftigkeit der israelischen Seite betont und erklärt, dass nun die Hamas zustimmen müsse.

Mit sichtbarer Verärgerung betonte Netanjahu zudem, dass die Appelle nach mehr Ernsthaftigkeit ausschließlich an Israel erfolgten – sogar nachdem die Hamas die sechs Geiseln ermordet hatte. Dies sende eine Botschaft an die Terrororganisation: „Ermordet mehr Geiseln. Dann kriegt ihr mehr Zugeständnisse.“ Netanjahu forderte daher: „Der internationale Druck sollte sich auf diese Mörder richten, auf die Hamas, nicht auf Israel.“

**Strategische Überlegung**

Netanjahu erklärte zudem seine Haltung zum Philadelphi-Korridor, dem Grenzgebiet zwischen Ägypten und dem Gazastreifen. Er nutzte zur Veranschaulichung eine Monitorwand mit einer Karte des Gebietes. Er betonte, Israel müsse den Korridor kontrollieren, weil dieser für die Hamas von strategischer Bedeutung sei: Über diesen Landstreifen erhalte sie ihre Waffen, die sie gegen Israel einsetze.

Die Forderung nach einem zeitweiligen Rückzug lehne er ab: Auch wenn eine Rückeroberung militärisch möglich sei, werde dann der diplomatische Druck auf Israel lasten, es nicht zu tun. Als Beispiel führte er den Südlibanon an. Beim damaligen Rückzug habe es auch geheißsen, dass Israel diesen wieder rückgängig machen könne, sobald die erste Rakete fliege – geschehen ist dies nicht.

**Gespanntes Verhältnis**

Indes äußerte sich auch US-Präsident Joe Biden (Demokraten) zu den Geiseln. Er erklärte, ein Deal stehe kurz vor dem Abschluss. Auf die Frage eines Reporters, ob Netanjahu dafür genug tue, antwortete er einsilbig: „Nein.“

Die israelische Regierung reagierte darauf mit Unverständnis. Ein Vertreter sagte laut dem amerikanischen Nachrichtensender CNN, es sei „bemerkenswert“, dass Biden versucht, Netanjahu unter Druck zu setzen. Dabei sei es Hamas-Führer Jahja Sinwar, der weiterhin ein Abkommen ablehne.

Laut Schätzungen befinden sich noch 101 Geiseln im Gazastreifen. Davon sollen noch etwa 66 am Leben sein. Netanjahu erklärte, dass in der ersten Phase des Geiseldeals zunächst 23 Geiseln freikommen sollen. (df)



# Kenia: Menschen im zweitgrößten Flüchtlingslager des Landes

Nairobi (Fides) - „Meine Diözese ist im Wesentlichen ein Gebiet der Erstevangelisierung, das auch mehr als 250.000 Flüchtlinge aus den Nachbarländern Südsudan, Sudan, Burundi, Uganda, Somalia und Äthiopien aufnimmt“, sagt der Bischof von Lodwar, John Mbinda, dessen Diözese im Nordwesten Kenias im Bezirk Turkana an der Grenze zu Südsudan, Äthiopien und Uganda liegt, im Interview mit Fides.

Das große Flüchtlingslager Kakuma liegt 120 km von der Provinzhauptstadt Lodwar entfernt. Es wurde 1992 eingerichtet, um sudanesischer Bürgerkriegsflüchtlinge (den Südsudan gab es damals noch nicht) und später Menschen anderer Nationalitäten aus 19 Krisenländern (vor allem Südsudan, Somalia, Äthiopien, Demokratische Republik Kongo, Burundi, Ruanda und andere) aufzunehmen. Es ist das zweitgrößte Flüchtlingslager in Kenia. Im Jahr 2016 wurde ein kleineres Aufnahmecamp im Bezirk Turkana, Kalobeyei, eingerichtet, die etwa 20 km von Kakuma entfernt ist.

Die Aufnahmeeinrichtungen werden von einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen unter der Leitung des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) zusammen mit der kenianischen Regierung betrieben. Aber auch die örtliche Kirche begleitet diesen Aufnahmeprozess, wie Bischof Mbinda betont.

„Im Rahmen unserer kirchlichen Arbeit unterstützen wir diese Menschen in erster Linie durch die Bereitstellung von Räumen für Gottesdienste, die es den katholischen Gläubigen ermöglichen, ihren Glauben zu praktizieren“, sagt Bischof Mbinda. „Und natürlich versuchen wir, die sozialen Bedürfnisse von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu befriedigen, indem wir ihnen Bildung, medizinische Versorgung, sauberes Wasser, sanitäre Einrichtungen und psychologische Unterstützung bieten und manchmal sogar Mahlzeiten für die Bedürftigen bereitstellen.“

„In den Flüchtlingslagern leben etwa 20.000 Katholiken“, fügt der Bischof von Lodwar hinzu. „Die einheimische Bevölkerung beläuft sich auf etwa 1,3 Millionen, hinzukommen die Flüchtlinge, die laut der letzten Volkszählung 1,5 Millionen betragen“.

„Wir haben ein gutes Verhältnis zu Menschen anderer Glaubensrichtungen, einschließlich der Muslime, mit denen wir im Geiste des interreligiösen Dialogs zusammenarbeiten, um die Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung und der Flüchtlinge gemeinsam zu verbessern“, betont Bischof Mbinda abschließend.

(L.M.) (Fides 31/8/2024)

# Kongo: Mindestens 129 Tote im überfüllten Gefängnis

## Aufstand oder Fluchtversuch in Kinshasa

Kinshasa (Agenzia Fides) – Als „Zeitbombe“ wird das Zentralgefängnis von Makala in Kinshasa, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo (DRK), beschrieben, wo in der Nacht vom 1. auf den 2. September mindestens 129 Häftlinge bei einem Fluchtversuch getötet wurden. „Die vorläufige Zahl der Todesopfer liegt bei 129, von denen 24 durch Schüsse nach Warnschüssen starben“, bestätigt der kongolesische Innenminister Jacquemain Shabani in einem Video. „Die übrigen sind auf der Flucht zu Tode getrampelt oder erstickt, während einige Frauen vergewaltigt wurden“, fügte Shabani hinzu, der auch von 59 Verwundeten berichtete, die „von den Behörden gerettet wurden, um sie angemessen zu versorgen“. Ein Teil der Gefängnisgebäude, darunter die Krankenstation, wurde in Brand gesetzt.

Es stellt sich die Frage, ob es sich um einen Massenausbruch oder um eine interne Revolte gegen die verheerenden Haftbedingungen handelt, unter denen die Gefangenen leben müssen.

Makala beherbergt das Zehnfache der geplanten Kapazität an Häftlingen. Tatsächlich sind dort 15.000 Häftlinge inhaftiert, obwohl das Gefängnis für 1.500 Insassen gebaut wurde. Von diesen 15.000 verbüßen nur etwa 3.000 ihre endgültige Strafe, die anderen warten auf ihren Prozess. Unter ihnen befinden sich Journalisten und Gegner des amtierenden Präsidenten Félix Tshisekedi.

Das größte Gefängnis des Landes ist nicht nur überfüllt, sondern leidet auch unter katastrophalen hygienischen Bedingungen, einer baufälligen Infrastruktur, Unsicherheit und Promiskuität unter den Insassen, mangelnder Achtung der grundlegenden Menschenrechte und schlechter und minderwertiger Ernährung. Die innere Sicherheit des Gefängnisses wird von den Gefangenen selbst gewährleistet, der Staat kontrolliert nur die Außenmauer des Gefängnisses, um Ausbrüche oder Angriffe von außen zu verhindern. In jedem Pavillon gibt es von den Gefangenen geführte „Regierungen“, in denen das Recht des Stärkeren gilt.

Das Gefängnis hatte bereits bei einem Angriff von Bewaffneten im Jahr 2017, bei dem mehr als 4.000 Häftlinge entkommen konnten, erhebliche Schäden erlitten. Ein Angriff, der von den kongolesischen Behörden nie aufgeklärt wurde.

(L.M.) (Fides 4/9/2024)



## Nicaragua: Gefangene des Monats September 2024

Es wurde die evangelische Christin Marisela de Fátima Mejía Ruiz aus Nicaragua benannt

Zur „Gefangenen des Monats September 2024“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die evangelische Christin Marisela de Fátima Mejía Ruiz in Nicaragua benannt. Die 40-Jährige ist Pastorin der Missionsorganisation „Puerta de la Montaña“, auf Deutsch „Berg-Portal“, ein Zweig des US-Missionswerks „Mountain Gateway“.

Bei einer Razzia nicaraguanischer Sicherheitskräfte am 17. Dezember 2023 wurde sie zusammen mit zehn weiteren Führungskräften festgenommen. Einige Tage darauf lösten die Behörden die Organisation auf und verboten sie.

Seit den Massenprotesten gegen das Regime im Jahr 2018 werden Kritiker des sozialistischen Machthabers Daniel Ortega drakonisch verfolgt. Es hat seither Tausende von Bürgerinitiativen, privaten Einrichtungen, Medien und religiösen Körperschaften für illegal erklärt, enteignet, deren Leitungen inhaftiert oder ausgebürgert. Die Verfolgung wird regelmäßig mit Wirtschaftsverbrechen begründet, wobei die Vorwürfe jeglicher Grundlage entbehren.

Ruiz und ihre Mitgefangenen wurden wegen Geldwäsche vor Gericht gestellt. Ihre Organisation entgegnete, sich an alle staatlichen Vorgaben gehalten zu haben. Am 19. März 2024 wurde die Pastorin zu 15 Jahren Gefängnis sowie zur Zahlung von 80 Millionen US-Dollar verurteilt.

Ruiz war kurz vor der Festnahme zum zweiten Mal Mutter geworden. Die erforderliche medizinische Nachsorge wird ihr vorenthalten.

IGFM und IDEA bitten darum, in Briefen an den Präsidenten Daniel Ortega zu appellieren, sofort die medizinische Versorgung der Pastorin zu gewährleisten und sie freizulassen. Die Verfassung des mittelamerikanischen Landes verbietet Diskriminierung aufgrund der Religion und gewährleistet Religionsfreiheit.

Von den 6,9 Millionen Einwohnern sind etwa 50 Prozent römisch-katholisch und 33 Prozent Protestanten. Im April 2024 war bekannt geworden, dass Nicaragua seine Botschaft in Deutschland geschlossen hat. Die Dienstgeschäfte nimmt jetzt die diplomatische Vertretung in Wien wahr.

Zum Hintergrund: Nicaragua hatte Deutschland wegen Waffenlieferungen an Israel der Beihilfe zum Völkermord im Gazastreifen bezichtigt und vor dem Internationalen Gerichtshof verklagt. Der Eilantrag wurde abgewiesen.

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)

# Nicaragua: Regierung schließt Hunderte Kirchen

## Kirchen und geistliche Leiter werden als Bedrohung wahrgenommen

(Open Doors, Kelkheim) – In Nicaragua hat die Regierung von Präsident Daniel Ortega am 19. August 1.500 gemeinnützigen Organisationen den legalen Status entzogen, darunter Hunderten evangelikaler Gruppen. Die Maßnahme erfolgte nur wenige Tage, nachdem die Regierung zwei katholische Priester aus dem Land verbannt hatte, die Anfang des Monats inhaftiert worden waren. Am 29. August wurden laut Medienberichten weitere Dutzende Nichtregierungsorganisationen aufgelöst, unter ihnen erneut viele kirchliche Organisationen. Der folgende Artikel basiert auf einer Meldung der New York Times vom 19. August.

### „All ihre Besitztümer werden beschlagnahmt“

Die Entscheidung vom 19. August ist insofern bemerkenswert, als die Regierung von Präsident Daniel Ortega ihren Zorn bisher vorrangig auf die römisch-katholische Kirche gerichtet hatte. Der Fokus lag dabei auf Regionen, in denen sich hochrangige Bischöfe und Priester gegen Menschenrechtsverletzungen ausgesprochen hatten.

Pastoren protestantischer Kirchen hatten sich weitgehend aus den politischen Auseinandersetzungen herausgehalten. Die faktische Schließung von Hunderten ihrer Kirchen am Montag zeigt jedoch, dass die Ortega-Regierung ihre Bemühungen ausweitet, religiöse Führer zum Schweigen zu bringen und jeden unabhängigen Raum, der nicht mit der Regierung verbunden ist, zu schließen. Diese Sicht vertritt Martha Patricia Molina, eine nicaraguanische Anwältin, die Angriffe auf Kirchen und Geistliche dokumentiert. „All ihre Besitztümer werden beschlagnahmt“, erklärt Molina, die 2021 aus Nicaragua floh und jetzt in den USA lebt. „Dies ist ein Angriff auf die Religionsfreiheit.“

### Ausweisung Geistlicher, exorbitante Geldstrafen

Im Jahr 2018 hatten Hunderttausende Menschen im ganzen Land gegen Kürzungen der staatlichen Sozialleistungen und den Abbau der Demokratie protestiert, um die Regierung zu stürzen. Daraufhin wurden Hunderte von Menschen getötet, inhaftiert oder aus dem Land vertrieben.

Seit diesem Aufstand wurden fast 250 Priester, Nonnen, Bischöfe und andere Mitglieder der katholischen Kirche aus dem Land vertrieben, wie aus einem Bericht hervorgeht, den Martha Molina am 16. August veröffentlichte. Einige von ihnen flohen, aber drei Bischöfe und 136 Priester wurden des Landes verwiesen. Allein in der Region Matagalpa sind laut Molina von den ursprünglich etwa 71 Priestern nur noch 13 übrig.

Im vergangenen Jahr wurde eine Jesuitenuniversität geschlossen und von der Regierung übernommen, und im Juni dieses Jahres wurden 20 protestantische Kirchen ohne offizielle Begründung mit exorbitanten Geldstrafen belegt.

Das nicaraguanische Innenministerium erklärte das Verbot der Organisationen am 19. August mit der Begründung, sie seien ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Berichterstattung über ihre Finanzen nicht nachgekommen. In ihrer offiziellen Mitteilung listet die Regierung die 1.500 betroffenen Organisationen auf; darin sind Hunderte von kleinen Glaubensgruppen enthalten, von denen viele mit Pfingst- und Baptistenkirchen verbunden sind.

### Regierung schafft rechtliche Basis für Verfolgung

Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit moniert in einem Bericht vom Juni, die nicaraguanische Regierung bediene sich eines repressiven Rechtsrahmens, um katholische und protestantische Gemeinschaften durch Verhaftung, Inhaftierung und Beschlagnahme von Eigentum zu verfolgen. Weiter heißt es dort, Gesetze, die angeblich zur Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche gedacht seien, würden stattdessen dazu benutzt, den rechtlichen Status solcher Gruppen willkürlich aufzuheben und ihr Eigentum zu beschlagnahmen.

Das von der Regierung kontrollierte Parlament verabschiedete mehrere Gesetze, die für gemeinnützige Organisationen strenge Anforderungen an die Finanzberichterstattung vorsahen und es ihnen schwer machten, diese einzuhalten. Selbst katholische Wohltätigkeitsorganisationen sahen sich mit Anklagen wegen Geldwäsche konfrontiert.

Félix Navarrete ist ein nicaraguanischer Anwalt und Aktivist der katholischen Kirche, der 2018 aus dem Land floh. Er ordnet die Vorgehensweise der Regierung so ein: „Eine der größten Befürchtungen der Regierung ist, dass die Menschen in Nicaragua durch religiöse Führer einen Wandel herbeiführen könnten. Sie versuchen, dies um jeden Preis zu verhindern.“

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2024](#) steht [Nicaragua](#) an 30. Stelle unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

*Quellen: New York Times, Open Doors*

[https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/nicaragua-regierung-schliesst-hunderte-kirchen?pk\\_campaign=NA&pk\\_kwd=20240830](https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/nicaragua-regierung-schliesst-hunderte-kirchen?pk_campaign=NA&pk_kwd=20240830)

# Nigeria: Vor allem Christen sind Opfer der Gewalt

## In Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit untersuchte die vergangenen vier Jahre

Abuja (IDEA) – Opfer von Gewalt und Verfolgung in Nigeria sind vor allem Christen. Das geht aus einem aktuellen Bericht der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika hervor (Observatory of Religious Freedom in Africa). Sie untersuchte den Zeitraum zwischen Oktober 2019 und September 2023. Die Beobachtungsstelle dokumentierte in den vier Jahren 55.910 getötete Personen, davon 30.880 Zivilisten. Davon waren der Untersuchung zufolge 16.769 Christen, 6.235 Muslime und 154 Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen. Bei 7.722 Opfern ist die Religionszugehörigkeit unbekannt. Dem Bericht zufolge wurden in dem Zeitraum ferner 21.621 Personen entführt. Auch unter diesen Opfern waren Christen mit 11.185 klar in der Mehrheit. Die Zahl der entführten Muslime lag bei 7.899. Außerdem wurden 184 Angehörige traditioneller afrikanischer Religionen verschleppt. Bei 2.264 Entführten ist nicht bekannt, welcher Religion sie angehören.

## Christen haben ein 6,5-fach höheres Gewaltrisiko als Muslime

Dem Bericht zufolge haben Christen ein 6,5-fach höheres Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, als Muslime. Von den knapp 230 Millionen Einwohnern des Landes sind jeweils rund 46 Prozent Kirchenmitglieder oder Muslime. Für den Terror im Land sind vor allem radikalislamische Fulani-Milizen sowie die Organisationen Boko Haram und Islamischer Staat Provinz Westafrika verantwortlich. Die in den Niederlanden ansässige ORFA arbeitet mit einer nigerianischen Partnerorganisation zusammen, die aber aus Sicherheitsgründen nicht genannt wird.

# Russland: Suppenküche für Obdachlose

(Licht im Osten) S. und N. berichten mit Freude von einem neuen Dienstzweig: „Unsere Gemeinde hat eine Suppenküche für Obdachlose und sozial schwache Menschen organisiert. Zurzeit kommen 20 bis 25 Personen. Viele von ihnen sind Alkoholiker und sehr heruntergekommen. Jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag kommen sie in einem kleinen Raum mit gedeckten Tischen zusammen. Vor dem Essen wird eine biblische Geschichte mit praktischer Anwendung erzählt. Die Geschichte muss sehr einfach sein mit klaren Aussagen wie für Kinder in der Sonntagsschule. Sie hören auch wie Kinder zu: mit großen Augen, nicken, wenn sie zustimmen, murmeln etwas Missbilligendes, wenn sie traurig über die Handlung sind. Für diesen Teil der Arbeit sind wir zuständig. Auf der Fensterbank liegen die Zeitschriften GLAUBE UND LEBEN und TROPINKA (die letztere ist natürlich beliebter) und Bücher aus unserem Verlag ... Sie sind sehr gefragt! Wir waren sehr überrascht, dass viele von ihnen gerne lesen ... Wenn sie etwas gelesen haben, bringen sie es zurück! Und fragen nach ‚etwas Neuem‘.“

## **Bitte beten Sie dafür,**

☒ dass der Heilige Geist die Herzen dieser Gäste erweckt, ihnen Gottes Liebe offenbart und diese Menschen in Christus Halt und Zuversicht bekommen und Kraft für ein neues Leben.

„Bei den beiden Kinderfreizeiten kam es zu guten Gesprächen über okkulte Süchte, über die sich selbst viele langjährige Christen dort nicht bewusst sind.“

## **Bitte beten Sie**

☒ für die davon Betroffenen, dass sie sich von Aberglauben und Okkultismus abwenden, Befreiung erfahren und sich ganz Christus hingeben.

„Nun planen wir einen weiteren neuen Dienst mit Gemälden bekannter Künstler zu biblischen Themen.

Bitte beten Sie,

☒ dass der Herr uns die Türen für diesen Dienst öffnet und uns zeigt, wo wir die Ausstellungen durch-führen können.“

☒ für die Reparatur ihres Autos [das für ihren Dienst notwendig ist]. Einen Termin in der Werkstatt zu bekommen, gestaltete sich sehr schwierig, „die Reparatur wird zwei Monate dauern ... Das alles ist sehr teuer, aber das größte Problem ist die Beschaffung der Ersatzteile.“

# Schweiz: 1.000 Teilnehmer bei Demonstration gegen Christenverfolgung

## Bern: Nationalrat Wehrli - 24 inhaftierte Christen vorzeitig freigelassen

Bern (IDEA) – Rund 1.000 Menschen haben an einer Demonstration gegen Christenverfolgung in der schweizerischen Hauptstadt Bern teilgenommen. Im Zentrum der Kundgebung unter dem Motto „Verfolgung.jetzt“ stand ein symbolisiertes Massengrab, heißt es in einem Bericht der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA/Zürich).

## Christen im Iran leben in Angst

Der ehemalige Muslim Amin Afsharnaderi berichtete, wie er im Iran wegen seines christlichen Glaubens zweimal inhaftiert worden war. Beim ersten Mal wurde er an Weihnachten im Haus des Pfarrers seiner Untergrundkirche festgenommen. „Ich wurde wiederholt verhört, beleidigt, gedemütigt und unter Druck gesetzt, meinen Glauben aufzugeben und andere Christen zu verraten.“ Er sei sicher, dass er dies nicht überlebt hätte, „wenn nicht Jesus Christus mit mir gewesen wäre.“ Nach den Worten des Iraners ist er kein Einzelfall: „Christen im Iran leben unter ständigem Druck und Angst. Sie verlieren ihre Jobs oder ihren Besitz aufgrund ihres Glaubens.“

## Asien: Christen als Gefahr für die nationale Sicherheit

Der zweite Redner, dessen Name und sein asiatisches Herkunftsland aus Sicherheitsgründen nicht genannt wurden, war in seiner Heimat ebenfalls mehrfach im Gefängnis und wurde gefoltert. Zudem musste er mitansehen, wie andere Christen öffentlich hingerichtet wurden. „Das Christentum wird als Gefahr für die nationale Sicherheit wahrgenommen und jedes neue Gesetz zielt darauf ab, die Christen zu eliminieren.“ Trotzdem, so sagte der mittlerweile in Europa lebende Christ weiter, sei es bis heute nicht gelungen, in seinem Land den christlichen Glauben auszulöschen. Die beiden Redner plädierten an die Teilnehmer der Kundgebung, sich als Einwohner eines freien Landes für Glaubensverfolgte in aller Welt einzusetzen, nicht nur für verfolgte Christen. Sie könnten helfen durch Gebet, die Einladung von Verfolgten in die lokale Kirche, politischen Druck auf Regierungen, die Menschenrechte verletzen, oder die Unterstützung von Organisationen, die sich für Religionsfreiheit engagieren.

## Nicht vergeblich: In Botschaften vorsprechen

Dass solches Engagement nicht vergebens ist, erläuterte der Schweizer Nationalrat Laurent Wehrli (Freisinnig-Demokratische Partei). Zusammen mit Parlamentskollegen lässt er sich regelmäßig über die Situation verfolgter Christen in verschiedenen Ländern informieren, um dann bei den betreffenden Botschaften vorzusprechen. „Zwischen 2019 und 2023 wurde fast die Hälfte unserer Bitten zumindest teilweise erfüllt. Von 54 Gefangenen, für die wir uns eingesetzt hatten, wurden 24 vorzeitig freigelassen.“ Auch wenn das bei 365 Millionen verfolgten Christen weltweit wie ein Tropfen auf den heißen Stein klinge, sei es wichtig, die Stimme für diese Menschen zu erheben.

## Rosen und Gebet

Zwischen den Wortbeiträgen legten die Teilnehmer an einem symbolischen Massengrab Rosen nieder oder beteten in einer nachgebildeten Gefängniszelle. Veranstalter der Kundgebung, die seit 2013 jährlich stattfindet, war die Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit. In diesem SEA-Arbeitszweig sind sieben schweizerische Organisationen zusammengeschlossen, die sich für verfolgte Christen engagieren: Aktion für verfolgte Christen (AVC/ Safern), Christliche Ostmission (COM/Worb), Christian Solidarity International (CSI Schweiz/Binz), Hilfe für Mensch und Kirche (HMK/Thun), Licht im Osten (LIO/Winterthur), Open Doors (OD/Romanel-sur-Lausanne), Osteuropamission Schweiz (OEM/Bäretswil). Die SEA versteht sich nach eigenen Angaben als ein Verband von rund 480 lokalen landes- und freikirchlichen Gemeinden. Gemeinsam mit über 180 christlichen Organisationen vertritt sie rund 200.000 Christen in der Schweiz.



# Sudan: Christen leiden weiter unter dem anhaltenden Bürgerkrieg

International Christian Concern - Der anhaltende Krieg im Sudan zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) hat Tausende von Menschen getötet und viele Millionen weitere vertrieben. Schätzungen zufolge wurden seit dem Ausbruch der Kämpfe zwischen den beiden Gruppen im April 2023 etwa 8,2 Millionen Zivilisten vertrieben, darunter viele religiöse Minderheiten, die seit langem um ihr Überleben im Land kämpfen.

Nur etwa 5 % der sudanesischen Bevölkerung sind Christen, während sich etwa 91 % als sunnitische Muslime bezeichnen. Die Lage der Religionsfreiheit im Sudan ist seit Jahrzehnten düster. Während der 30-jährigen Herrschaft des Diktators Omar al-Bashir und des von ihm eingeführten, auf der Scharia basierenden Rechtssystems wurden die Christen stark verfolgt.

Als Bashir 2019 durch einen Militärputsch gestürzt wurde, war unklar, wie sich das Schicksal der religiösen Minderheiten des Landes verändern würde.

Zunächst schien sich die Lage für die Religionsfreiheit im Sudan zu verbessern. In der neuen Übergangsverfassung wurden Verweise auf die Scharia aus der Bashir-Ära gestrichen, und der neue Premierminister Abdalla Hamdok versprach öffentlich, sich für Frieden und Toleranz einzusetzen. Der Sudan wurde schnell von der Liste der besonders besorgniserregenden Länder des US-Außenministeriums gestrichen, in der die Religionsfreiheit weltweit am schlechtesten bewertet wird.

Hamdok setzte durch, dass der Sudan von der Liste der „Staatlichen Förderer des Terrorismus“ gestrichen wurde, so dass er nach einer Reihe von politischen und zivilen Reformen wieder für Kredite des Internationalen Währungsfonds in Frage kam. Im Rahmen seiner Kampagne zur Streichung des Sudan von dieser Liste lud Hamdok sogar den UN-Hochkommissar für Menschenrechte ein, Büros im Land einzurichten - ein Versuch, seine Zuversicht zu demonstrieren, dass die Reformen echte, dauerhafte Veränderungen vor Ort bewirken würden.

Im Jahr 2021, zwei Jahre nach dem Staatsstreich, strich das Außenministerium den Sudan sogar von der weniger strengen Sonderbeobachtungsliste für Länder, in denen die Religionsfreiheit gefährdet ist. Dieser Schritt war ein Zeichen für das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in die Reformen des Landes.

Doch trotz einiger öffentlichkeitswirksamer Vorstöße der Übergangsregierung in Sachen Menschenrechte, darunter die Aufhebung des Apostasiegesetzes, hat sich die Lage der Christen vor Ort in dieser Zeit nicht verbessert. Dem Tahir Institute for Middle East Policy zufolge wurden Muslime, die zum Christentum konvertierten, weiterhin strafrechtlich verfolgt und gefoltert, obwohl das „Verbrechen“ der Apostasie offiziell nicht mehr in den Gesetzbüchern stand.

Während das Apostasiegesetz aufgehoben wurde, blieben ähnliche Gesetze in Kraft. „Gesetze wie das Blasphemiegesetz und die meisten Artikel des Familiengesetzes von 1991 blieben in Kraft“, erklärt das Tahir-Institut.

Hamdoks Erfolg bei der Aufhebung des Gesetzes über die Apostasie konnte nur teilweise auf das Blasphemiegesetz übertragen werden. In diesem Fall wurde die Strafe für Blasphemie von der Auspeitschung auf sechs Monate Haft und eine Geldstrafe reduziert. Das Blasphemiegesetz selbst blieb jedoch bestehen und stellte die Äußerung einer religiösen Minderheitenmeinung unter Strafe, auch wenn sie mit einer geringeren Strafe belegt wurde.

Die SAF und die RSF stürzten 2021 gemeinsam die von Hamdok geführte Zivilregierung. Dieses Bündnis brach jedoch im April 2023 auseinander und löste einen verheerenden Bürgerkrieg aus, der bis heute andauert und die christliche und muslimische Zivilbevölkerung des Sudan völlig verwüstet hat. Beide Konfliktparteien haben nachweislich Kirchen angegriffen, Mitglieder schikaniert und religiöse Führer ermordet.

Berichten zufolge mussten seit Ausbruch des Krieges bereits 165 Kirchen geschlossen werden. Einige Kirchen werden als Stützpunkte für Militäroperationen im Krieg genutzt, wobei Menschen, die dort Schutz suchen, vertrieben oder sogar getötet werden, um Platz für Soldaten zu schaffen. Vor allem Angehörige des Klerus sind von der Gewalt betroffen, da Soldaten bei ihren Razzien auf Priester und andere Personen schießen oder auf sie einstechen.

Die gut ausgerüstete SAF bombardiert häufig Kirchen und verletzt oder tötet wahllos die Menschen, die sich darin aufhalten, darunter auch Frauen und Kinder.

Als winzige Minderheit in einem Land, das von kriegerischen Auseinandersetzungen und Instabilität erschüttert wird, befinden sich die Christen im Sudan heute in einer besonders verletzlichen Lage. Die internationalen Bemühungen um eine Beilegung des Konflikts haben nur wenige Ergebnisse gezeitigt, und gegen die gezielte Gewalt gegen Christen, die ins Visier geraten sind, scheint kaum etwas unternommen zu werden. Die internationale Gemeinschaft muss ihre Anstrengungen verstärken, um dem Sudan Frieden zu bringen und die schwache christliche Bevölkerung des Landes zu schützen.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Ukraine: Russland verschleppt und foltert Zivilisten

*Nach Angaben des ukrainischen Menschenrechtsbeauftragten Dmytro Lubinets gelten aktuell 14.000 Zivilisten als von der russischen Armee entführt. Die Vereinten Nationen (UN) berichten von schwerer Folter und furchtbaren Haftbedingungen. Am 30. August gedachte sie der Verschwundenen weltweit. IDEA-Redakteurin Erika Gitt hat mit einer Mitarbeiterin in der Osteuropa-Abteilung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Valeriia Liamzienko, über das Schicksal der ukrainischen Verschleppten gesprochen.*

(IDEA) – Seit mehr als zwei Jahren lebt Olena Tsyhipa im Ausnahmezustand. Anstatt morgens mit ihrem Mann gemütlich zu frühstücken, beginnt sie den Tag allein – mit einem Gebet für seine Freilassung. Ihr Mann, der 63-jährige Journalist Sergiy Tsyhipa, wurde am 12. März 2022 an einem Kontrollpunkt in der südukrainischen Region Cherson verhaftet. Das zuständige sogenannte „Oberste Gericht“ der nur rund 100 Kilometer entfernten Krim verurteilte ihn wegen Spionage zu 13 Jahren Strafkolonie. Er soll sich in der Strafkolonie Nr. 3 im zentralrussischen Skopin befinden. Olena brauchte anfangs starke Beruhigungsmittel und psychologische Hilfe. Eine Therapie gab ihr schließlich neue Kraft im Kampf für ihren Mann.

## Folter und Vergewaltigung

60 Fälle wie den von Sergiy Tsyhipa nennt die IGFM auf ihrer Internetseite. Laut IGFM-Mitarbeiterin Liamzienko kommen entführte Ukrainer in der Regel nach ihrer Entführung in inoffizielle Haftanstalten. Dort herrschten schreckliche Bedingungen, die die Insassen bis zu sechs Monate ertragen müssen. Danach kämen die überwiegend männlichen Zivilisten in Untersuchungsgefängnisse oder Strafkolonien in Russland. Bis zu 20 Personen teilten sich eine Vier-Mann-Zelle. Nach UN-Angaben erleben 90 Prozent der Verschleppten Folter durch Schläge oder Elektroschocker. Doch auch von Vergewaltigung oder deren Androhung sowie Verstümmelungen und Scheinhinrichtungen ist die Rede. Die Verpflegung sei schlecht, und es gebe keine medizinische Versorgung, so Liamzienko. Für den herzkranken und an einer Prostatitis leidenden Tsyhipa sei das eine Katastrophe.

## Zivilisten im Austausch für Soldaten

Für Liamzienko steckt hinter der Verschleppung ukrainischer Zivilisten Kalkül: Zum einen erhoffe sich das russische Militär wertvolle Informationen durch Verhöre, zum anderen würden so Personen für ihre deutliche pro-ukrainische Haltung und die Weigerung bestraft, Russland als Autorität anzuerkennen. „Nicht zuletzt entführen die Russen ukrainische Zivilisten auch, um ihren Austauschfonds aufzufüllen“, fügt die aus Luhansk stammende Ukraine-Expertin hinzu. Die Russen stuften entführte Zivilisten als „Kriegsgefangene“ ein und füllten damit ihre Listen für den Gefangenenaustausch. Nach internationalem Völkerrecht müssten Zivilisten eigentlich ohne Gegenleistung freigelassen werden, so Liamzienko. Die russische Seite wolle so Verhandlungen über den Gefangenenaustausch zu ihren Gunsten gestalten, um möglichst viel wertvolles militärisches Personal zurückzubekommen, ohne selbst in gleichem Maße Armeeingehörige an die Ukraine übergeben zu müssen. Liamzienko ermutigt dazu, sich für verschleppte ukrainische Zivilisten einzusetzen: „Je stärker der Druck der deutschen Gesellschaft auf die russischen Behörden ist, desto größer sind die Chancen, dass die Gefangenen überleben.“ Dafür beten auch Olena Tsyhipa und die 83-jährige Mutter des verschleppten Sergiy.

# Venezuela: Machthaber Maduro zieht Weihnachten auf 1. Oktober vor

## Autoritärer sozialistischer Staatschef verordnet Termin per Dekret

Caracas (IDEA) – In Venezuela wird das Weihnachtsfest dieses Jahr am 1. Oktober gefeiert. Das kündigte der autoritäre sozialistische Staatschef Nicolás Maduro in einer Fernsehsendung an. „Es ist September und schon jetzt riecht es nach Weihnachten“, erklärte Maduro. Deshalb habe er in diesem Jahr beschlossen, „euch allen Tribut zu zollen und aus Dankbarkeit, ein verfrühtes Weihnachtsfest für den 1. Oktober per Dekret zu verordnen“. Das Weihnachtsfest komme mit Frieden, Freude und Sicherheit, so Maduro. Das südamerikanische Land steckt mitten in einer politischen Krise. Nach einer von Betrugsvorwürfen überschatteten Präsidentenwahl am 28. Juli hatte die Wahlbehörde den seit 2013 regierenden Maduro zum Sieger erklärt. Die Opposition wirft der Regierung in Caracas Wahlbetrug vor und reklamiert den Sieg für ihren Kandidaten Edmundo González Urrutia. Am 2. September erließ ein Gericht auf Antrag der regierungstreuen Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl gegen den Oppositionsführer. Traditionell verteilt die sozialistische Regierung in der Weihnachtszeit Lebensmittelpakete. Das erdölreiche Venezuela galt früher als eines der wohlhabendsten Länder Südamerikas. Seit der Machtübernahme des sozialistischen Diktators Hugo Chávez im Jahr 1999 erlebt es einen wirtschaftlichen Niedergang. Laut Schätzungen leben heute 87 Prozent der Bevölkerung in Armut. Es ist nicht das erste Mal, dass Maduro Weihnachten verlegt. Schon in der Corona-Pandemie 2020 zog er Weihnachten auf den 15. Oktober vor, im Jahr darauf auf den 4. Oktober. Von Kirchenvertretern gibt es bislang keine Reaktion auf die Vorverlegung des Weihnachtsfestes. Grundsätzlich steht die Kirche in dem katholisch geprägten Land Präsident Maduro kritisch gegenüber. So forderte die katholische venezolanische Bischofskonferenz nach dem umstrittenen Wahlergebnis eine Überprüfung der Stimmzettel.

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]